

Ewige Wahrheiten

Der Ostbeauftragte Tiefensee erwacht und übt sich in Vertröstungs-Prosa

Es gibt Sprüche von ewig schlichter Schönheit. „Viel erreicht – viel zu tun.“ gehört in diese Kategorie. Wolfgang Tiefensee wollte damit im Jahr 2005 „seine“ Leipziger Wählerinnen und Wähler ködern und er nutzt die vertraute Vertröstungs-Prosa, um im Juni 2008 seine mehr als dürftige Bilanz als Ost-Beauftragter zu überschriften. Der Spruch ist flexibel einsetzbar, wie sein Klopfer ebenfalls. Nicht genug damit, dass ein gerade mal acht Tage im Amt befindlicher ostdeutscher Ministerpräsident und der Generalsekretär aus dem anderen Lager der „großen Koalition“ Morgenluft wittern und wenigstens eine Übung in neuen Verheißungen abliefern, wacht der Ost-Beauftragte Tiefensee – von politischen Instinkten getrieben – im letzten Moment auf und lässt hastig einen Quasi-Rechenschaftsbericht aus dem Boden stampfen. Bei so viel Schnellschuss kann nichts anderes herauskommen als heiße Luft ohne Wirkung – seich-

tes Blubbern im tiefen See. Wo ist sie denn, die klare Position des Ost-Beauftragten in Sachen Mindestlöhne? Wo ist es, das stringente Konzept für die ostdeutsche Wohnungswirtschaft? Wo ist sie, die ökologische Komponente des Wirtschaftens, die dem Osten eine Chance eröffnen könnte? Wo ist sie, die klare, verlässliche Struktur der Förderlandschaft? Wo ist sie, die zuverlässige Vollendung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die den schlimmsten Fehler vermeidet, nämlich das Liegenlassen halbfertiger Vorhaben mit sinnlos verpulverten Millionen? Wer praktikable Antworten auf diese brennenden Fragen sucht, wird bei der LINKEN wie immer fündiger als bei dem konzeptionslosen Ost-Beauftragten, der lieber weiße Bänder durchschneidet als auf einem weißen Blatt Papier einleuchtende Perspektiven vorzeichnet. Tiefensees Amtsvorgänger als Ost-Beauftragter waren angeblich zu

schwach (Schwanitz) oder zu ausgelaut (Stolpe). Und der Befund für Tiefensee? Wozu taugt das gestrige Papier „Viel erreicht – viel zu tun!“ demnach? Bestenfalls als Packpapier der nächsten peinlichen Ost-Schachtel für wankelmütige Rückkehrer in die „blühenden Landschaften“. Einwickeln lässt sich darin zum Beispiel eine Packung der früher besonders bei den Genossenschaftsbauern beliebten Stumpen Marke „Sprachlos“, versehen mit einer Wanderkarte des Ost-Harzes und dem klar eingezeichneten Pfad von Sorge nach Elend und zum Schluss – wenn der Weg zu beschwerlich war – das einst beliebte Fußheilmittel Marke „Schmerz-lass-nach“. Eine Pulle „Kümmerling“ sollte nicht eingewickelt werden – das ist ein Westprodukt. Und „Kleiner Feigling mit Pflaume“ war leider im Westen auch schon länger besetzt, als Tiefensee seine Berufung zum Ost-Beauftragten spürte.

Dr. Volker Külöw

Übergabe Liebknecht-Haus

Am Freitag, den 29. August 2008, wird das Liebknecht-Haus nun offiziell an DIE LINKE. Leipzig übergeben werden. Seit zehn Jahren kämpfen wir für diesen Schritt. Aus Anlass der Übergabe findet ab 16:00 Uhr ein geselliges Beisammensein auf dem Hof des Liebknecht-Hauses statt. Ab 18:00 Uhr findet eine Buchlesung mit Dr. Hans Modrow statt. Dieser hatte vor zehn Jahren das Haus, damals noch symbolisch, in Liebknecht-Haus Leipzig umbenannt.

Rentenkampagne

Unter dem Motto: "Die Rente ist für alle da" findet ab Sommer diesen Jahres eine Kampagne der LINKEN statt. Dazu findet am 14. August 2008, 18:00 Uhr im Liebknecht-Haus ein Bürgerforum mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Barbara Höll und Klaus Ernst statt. Am Dienstag, 26. August 2008, 8:30 bis 17:00 Uhr macht das Rentenmobil der Bundestagsfraktion in Leipzig (Petersstraße) Station. Ab diesem Zeitraum sollten auch Infostände im Stadtgebiet stattfinden.

Arbeitsplan des Stadtvorstandes DIE LINKE. Leipzig - Juli bis Dezember 2008

I. Arbeitsschwerpunkte

1. Bestandteil des Arbeitsplanes ist das Aktionsprogramm 2007/2008

2. Ständige Tagesordnungspunkte der Stadtvorstandssitzungen:

- Protokoll- und Beschlusskontrolle
- Einschätzung der aktuell-politischen Lage
- Anträge

II. Beratungen des Stadtvorstandes 22. Juli 2008

- Berufung der AG Liebknecht-Haus
- Bericht der Personalentwicklungsgruppe
- Vorbereitung 1. September 2008
- Diskussion und Beschlussfassung zu Wahlkampfstrukturen
- Antifa-Konzept

26. August 2008

- SV im Dialog mit der AG Behindertenpolitik
- Beschluss Kommunikationskonzept
- Vorbereitung Rentenkampagne

9. September 2008

- Bericht Finanzen II/2008
- Beschluss der Unterlagen für 4. Tagung des 1. Stadtparteitages
- Diskussion zu Schule und Bildung
- Diskussion zu Schwerpunkten des Kommunalwahlprogramms

23. September 2008

- Diskussion zu Demokratisierung und BürgerInnenrechte -
- Diskussion zu Schwerpunkten des Kommunalwahlprogramms
- Diskussion mit VertreterInnen von Leipzig, Neue

- Vorbereitung der Beratung mit den Beiräten

14. Oktober 2008

- SV im Dialog mit VertreterInnen der Wahlkreisbüros in Leipzig
- Berichte aus den Stadtbezirken
- Auswertung der 2. Tagung des 1. Landesparteitages
- Diskussion zu Schwerpunkten des Kommunalwahlprogramms
- Verabschiedung der Dokumente für die Vertreterversammlung/en (TOP, Zeitplan, GO, WO)

28. Oktober

- SV im Dialog mit der AG Kunst und Kultur
- kulturpolitische Arbeit DIE LINKE. Leipzig
- Stand politische Bildung
- Auswertung 4. Tagung des 1. Stadtparteitages
- Diskussion zu Schwerpunkten des Kommunalwahlprogramms

11. November 2008

- Vorbereitung Vertreterversammlung
- Beschluss Spendenkampagne Wahl 2009
- Bericht Einnahmen/Ausgaben III/2008
- Diskussion mit der AG „Kommunalwahlprogramm“

25. November 2008

- SV im Dialog mit der AG Praktika
- Mitgliedergewinnungskonzept Wahljahr 2009
- Internationale Kontakte
- Berufung Wahlkampfleiter und Wahlstab

9. Dezember 2008

- Generalevaluierung Kompass 2009
- Beschluss Wahlstrategie
- Bericht der Personalentwicklungsgruppe
- Diskussion mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat

III. weitere Termine und Veranstaltungen

13. August 2008

Geburtstag Karl Liebknecht

29. August 2008

Übergabe des Liebknecht-Hauses

1. September 2008

Weltfriedenstag

5. – 7. September 2008

Tag der Sachsen in Grimma

2. Oktober 2008

Beratung mit den Delegierten zum Landesparteitag

11. Oktober 2008

2. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen

18. Oktober 2008

4. Tagung des 1. Stadtparteitages

9. November 2008

Kranzniederlegung

10. November 2008

Beratung mit den Stadtbezirksbei- und Ortschaftsräten

25. November 2008

Terre des femmes

29. November 2008

Vertreterversammlung zur Wahl der Direktkandidaten Bundestag und Wahl der Vertreter Landesvertreterversammlungen zur Aufstellung der Bundestags- und der Landtagsliste

11. Januar 2009

LL-Ehrung in Berlin

15. Januar 2009

LL-Ehrung in Leipzig

Einberufung der Besonderen Vertreterversammlung Kommunalwahl

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig hat auf seiner Sitzung am 24. Juni die Besondere Vertreterversammlung zur Wahl der KandidatInnen für die Stadtratswahl am 7. Juni 2009 einberufen.

Die Besondere Vertreterversammlung findet am 28. Februar 2009 ab 9:00 Uhr im Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69, 04229 Leipzig, statt.

Es ist folgende vorläufige Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Wahl der BewerberInnen für die Kandidaturen zum Stadtrat zu Leipzig und zu den Ortschaftsräten
4. Schlusswort

Die Vertreter werden auf Stadtbezirks-

ebene bis zum 4. November 2008 gewählt. Das Protokoll (Vordruck) und die Anwesenheitsliste der Wahlversammlung sind bis zum 5. November 2008 dem Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Leipzig zu übergeben.

Die Vertreter müssen BürgerInnen der Europäischen Union mit Hauptwohnsitz in der Stadt Leipzig, zum Zeitpunkt der Besonderen Vertreterversammlung mindestens 18 Jahre und Mitglieder der Partei DIE LINKE sein.

Einberufung der Besonderen Vertreterversammlung Europawahl

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig hat in seiner Sitzung am 24. Juni die Besondere Vertreterversammlung zur Wahl der Bundesvertreter für die Aufstellung der Europaliste einberufen.

Die Besondere Vertreterversammlung findet am 29. November 2008 ab 9:00 Uhr im Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69, 04229 Leipzig, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Wahl der der Bundesvertreter für die Aufstellung der Europaliste.
4. Schlusswort

Die Vertreter werden auf Stadtbezirksebene bis zum 4. November 2008 ge-

wählt. Das Protokoll (Vordruck) und die Anwesenheitsliste der Wahlversammlung sind bis zum 5. November 2008 dem Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Leipzig zu übergeben.

Die Vertreter müssen BürgerInnen der Europäischen Union mit Hauptwohnsitz in der Stadt Leipzig, zum Zeitpunkt der Besonderen Vertreterversammlung mindestens 18 Jahre und Mitglieder der Partei DIE LINKE sein.

Einberufung der Besonderen Vertreterversammlung zur Landtags- und Bundestagswahl

Der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Leipzig hat in seiner Sitzung am 24. Juni, vorbehaltlich des Beschlusses des Landesparteitages am 11. Oktober 2008, die Besondere Vertreterversammlung zur:

- Wahl der Vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl
- Wahl der Präferenzliste (Empfehlungsliste) zur Aufstellung der Landesliste Sachsen zur Landtagswahl
- Wahl der Vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl
- Wahl der DirektkandidatInnen der

Bundestagswahlkreise Leipzig-Süd und Leipzig-Nord einberufen.

Die Besondere Vertreterversammlung findet am 29. November 2008, ab 11:00 Uhr im Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69, 04229 Leipzig, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Wahl der Vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste Landtagswahl
4. Wahl der Präferenzliste (Empfehlungs-

liste) zur Aufstellung der Landesliste Sachsen zur Landtagswahl

5. Wahl der Vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste Bundestagswahl
6. Wahl der DirektkandidatInnen der Bundestagswahlkreise Leipzig-Süd und Leipzig-Nord
7. Schlusswort

Die Vertreter werden auf Stadtbezirksebene bis zum 4. November 2008 gewählt. Das Protokoll (Vordruck) und die Anwesenheitsliste der Wahlversammlung sind bis zum 5. November 2008 dem Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Leipzig zu übergeben. Die Vertreter sind deutsche Staatsangehörige mit Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen, und haben zum Zeitpunkt der Besonderen Vertreterversammlung das 18. Lebensjahr vollendet und sind Mitglieder der Partei DIE LINKE. Leipzig.

Vertreterschlüssel Vertreterversammlungen DIE LINKE. Leipzig

Beschluss des Stadtvorstandes DIE LINKE. Leipzig vom 24. Juni 2008

in Klammern stehen die Anzahl von weiblichen Mitgliedern bzw. Mindestanzahl von weiblichen Vertretern

Stadtbezirk	wahlber. Mitglieder	LT-/BT-Wahl	SR/EU-Wahl
Mitte	266 (136)	18 (9)	18 (9)
Nordost	165 (79)	11 (6)	11 (6)
Ost	135 (64)	9 (5)	9 (5)
Südost	123 (49)	9 (5)	9 (5)
Süd	227 (110)	16 (8)	16 (8)
Südwest	135 (55)	9 (5)	9 (5)
West	222 (115)	15 (8)	15 (8)
Altwest	125 (58)	9 (5)	9 (5)
Nordwest	70 (33)	5 (3)	5 (3)
Nord	179 (92)	12 (6)	12 (6)
Gesamt	1647 (791)	113 (60)	113 (60)

DIE LINKE. SDS Leipzig stört Bundeswehrauftritt beim Leipziger Stadtfest

Mehrere Mitglieder der Leipziger Hochschulgruppe „Die Linke.SDS“ sowie Mitglieder weiterer Gruppen und Jugendverbände störten am 8. Juni den „Karriere Treff“ der Bundeswehr beim Leipziger Stadtfest. Insgesamt haben ca. 30 Menschen mit Transparenten und einem Infostand an der Aktion teilgenommen. Mehrere Aktivisten betraten mit beschriebenen Regenschirmen den Veranstaltungsplatz der Bundeswehr. Auf den Regenschirmen konnte man Sprüche wie „Bundeswehr wegtreten!“, „Helm ab, Hirn rein“ und „Tucholsky hat recht“ lesen. Mit unangemessener Härte ging die Bundeswehr bzw. der beauftragte private Sicherheitsdienst gegen die friedlichen Aktionsteilnehmer vor. Die herbeigerufene Polizei verteilte Platzverweise.

„Das Verhalten der Bundeswehr zeigt, dass Kritik an der eigenen Arbeit nicht gerne gesehen ist. Statt sich mit den Protestierern und ihren Argumenten auseinanderzusetzen, machte die Bundeswehr von ihrem Hausrecht Gebrauch und ließ die friedlichen Demonstranten vertreiben“, so Jana Werner, Mitglied von Die Linke.SDS Leipzig.

Die Aktion richtete sich gegen den Ver-

such der Bundeswehr, durch öffentliche Auftritte eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. „Durch solche öffentlichen Auftritte versucht die Bundeswehr ihr Image aufzubessern“, erklärt Jana Werner. „Indem sie sich als Friedensstifter und Katastrophenhelfer präsentiert, verharmlost die Bundeswehr allerdings ihre militärischen Einsätze, bei denen in den betroffenen Ländern sowohl Zivilisten wie Soldaten getötet werden“, so Werner weiter.

Mit dem öffentlichen Auftritt beim Leipziger Stadtfest will die Bundeswehr aber nicht nur Öffentlichkeitsarbeit machen. Sie will auch junge Menschen für eine Karriere bei der Bundeswehr rekrutieren. Die Linke.SDS Leipzig kritisiert dieses Vorgehen in ihrem Flugblatt aufs schärfste:

„Auf gemeinsamen Infoveranstaltungen mit Jobcentern versucht die Bundeswehr sich als „eines der größten Ausbildungsunternehmen Deutschlands“ zu profilie-

ren und wirbt für sich mit einer außerordentlichen „Arbeitsplatzsicherheit“. Kurz: Sie nutzt den gigantischen Ausbildungsplatzmangel und die Perspektivlosigkeit von vielen jungen Menschen aus, um diese für den Soldatenberuf zu gewinnen. Motto: „Du suchst Zukunft? – Wir bieten sie!““



„Wir fordern die Beseitigung des Ausbildungsplatzmangels und die Abschaffung von Studiengebühren!“ erläutert Jana Werner. „Es kann nicht sein, dass sich Menschen durch ihre soziale und ökonomische Situation gezwungen sehen, in den Krieg zu ziehen. Berufliche Perspektiven müssen im eigenen Land geschaffen werden, nicht mit der Waffe in der Hand am Hindukusch.“

Jana Werner

Eine Spende aus Europa

Am Freitag, 26. Juni besuchte die Europaabgeordnete der LINKEN, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, das soziokulturelle Zentrum „DIE VILLA“ in Leipzig. Der Hintergrund war ein erfreulicher: Sie übergab eine Spende in Höhe von 1.000 Euro an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LeISA gGmbH, den inhaltlichen Träger der VILLA.

Seit Anfang 2008 spenden die Bundes-

tags- und Europaabgeordneten der LINKEN die Summe, die durch die Diäten-erhöhung zustande kommt, an Initiativen, Verbände und Vereine. Für Sylvia-Yvonne Kaufmann, die als Mitglied des Europäischen Parlamentes auch Verantwortung für die sächsischen Belange übernommen hat, war es nur folgerichtig, dass neben der Kindervereinigung in Berlin auch ein Projekt in Leipzig berücksichtigt wird.

Mit der VILLA fiel die Wahl auf ein Projekt, das diese Unterstützung dringend benötigt. Erst im Juni war bekannt geworden, dass der Verein trotz seiner vielfältigen, soziokulturellen Arbeit keine Mittel aus dem Kulturretat bekommt – eine Entscheidung, die dem sowieso prekär, aber nicht weni-

ger engagiert arbeitenden Zentrum schwer zu schaffen macht. Mit der Spende aus Europa können nun die Eigenmittel für ein Rollstuhlfahrer-Tanzprojekt aufgebracht werden, die Voraussetzung für Auszahlung der bereits bewilligten Landesförderung sind.

*Jule Nagel, Mitarbeiterin Europabüro
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann im linXXnet*



Stadtparteitag

Der Stadtvorstand hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2008 die 4. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig für den 28. Oktober 2008 einberufen.

Auf dieser Tagung werden u. a. die neuen Landesparteitagsdelegierten gewählt.

Sozialratschlag für Leipzig – für einen Wandel in der Sozialpolitik

Armut ist in diesem Land schon lange keine Unbekannte mehr. Die von der Regierung Schröder/Fischer im Rahmen der „Agenda 2010“ eingeführten Hartz-Gesetze haben die Verarmung allerdings massiv vorangetrieben. Das müsste selbst nun auch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zugeben, die ihr Werk fortsetzt. Dem jüngsten Armutsbericht des Bundessozialministers Scholz (SPD) zufolge ist „jeder achte Deutsche von Armut bedroht, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet“ (FAZ 20.05.2008). Besonders hoch sei die „Armutrisikoquote“ bei Langzeitarbeitslosen (43%) und Alleinerziehenden mit Kindern (48%). Nach der international üblichen Definition gilt als arm, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens bezieht. Bei Alleinstehenden sind das (laut Bundesregierung!) derzeit 781 Euro netto. Leipzig gilt jetzt schon sei langem als sächsische Armutshauptstadt des Freistaates. Neben nahezu 100.000 ALG II-Empfängern, welche in Bedarfsgemeinschaften leben, kommen noch Berufstätige hinzu, bei denen der mickrige Lohn nicht zum Leben ausreicht – die sog. „Working Poor“.

Die Ablehnung eines Mindestlohns durch die Arbeitgeber ist nach kapitalistischer Logik nachvollziehbar. Je geringer der Lohn, umso höher der Profit sog. „Arbeitgeber“. „In diesen Tagen schütten die 30 im wichtigsten deutschen Aktienindex enthaltenen Gesellschaften insgesamt 27,2 Milliarden Euro aus“, verkündete die FAZ vom 26.04.2008 zufrieden. Genug Geld für höhere Löhne und Sozialleistungen sind also vorhanden. Es muss nur umverteilt werden. Notwendig sind deshalb ein Mindestlohn von mindestens 10 Euro die Stunde inklusive eines kontinuierlichen Inflationsausgleichs. Zugleich müssen die Hartz-Gesetze abgeschafft und der Regelsatz für Erwerbslose auf mindestens 500 Euro (plus Miete) angehoben werden.

Warum muss ein Sozialratschlag stattfinden?

Wirklich Druck machen ließe sich durch eine Verbindung der laufenden Tarifrunden im Einzelhandel, im Wach-

gewerbe etc. mit dem Widerstand der Erwerbslosen gegen den täglichen Hartz IV-Terror. Über LIDL hinaus müssen dabei Unternehmen, die Lohn- und Sozialdumping betreiben, öffentlich angeprangert und Protestaktionen organisiert werden. Dazu zählen selbstverständlich auch und gerade die Profiteure der Ein-Euro-Job-Wirtschaft wie AWO, Caritas, Rotes Kreuz, Diakonie etc. Um wirklich etwas erreichen, sind Erzwingungsstreiks und Aktionen zivilen Ungehorsams unumgänglich. Um nicht nur Zeit mit Unterschriftensammlungen zu investieren, sollten gemeinsame zentrale Demonstrationen von Billiglöhnern und Erwerbslosen das Ziel sein, denn Sozialpartnerschaft mit der Arbeitgeberseite bringt den arbeitenden Menschen keinen Lohn, von dem man tatsächlich leben kann. Der Öffentlichkeit muss klar gemacht werden, dass Armut keine individuelle Unzulänglichkeit ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis und politischer Verantwortungslosigkeit. Es ist auch kein Problem kollektiver „Überflüssigkeit“ sozialer Gruppen. Armut ist ein gesellschaftliches Verhältnis und ist systembedingt. Die aktuellen Armutsprozesse werden durch neoliberale Globalisierung geformt und zugespitzt.

Der Sozialratschlag muss aufzeigen was Sozialpolitik erbringen muss:

Eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist die Voraussetzung für die im Grundgesetz verbriefte Teilnahme Aller am gesellschaftlichen Leben. Die Forderungen der Betroffenen gilt es öffentlichkeitswirksam zu artikulieren und einen Forderungsdruck zu erzwingen.

Für die LINKE darf es keine Sozialpolitik nach Kassenlage sowie keine voraussehlende Genügsamkeit in sozialen Fragen geben. Resultierende Erstforderungen für die Betroffenen müssen sein:

- Senkung und Erstattung von Strom- und Energiepreisen,
- kostenlose KITA/KK-Plätze,
- kostenloser Zugang zur Bildung/Ausbildung,
- Sicherung/Bedarfssicherung von SchülerInnen, Studierenden, Auszubil-

denden,

- Beihilfen zu verschiedenen selbstverständlichen und besonderen Lebenslagen, die für Hartz IV-Empfänger nicht mehr finanzierbar sind (Feiertage, Jubiläen, Geburt, Todesfälle, etc)
- Eindeutige Position gegen Hartz IV und Agenda 2010
- Demokratisierung wirtschaftspolitischer Prozesse
- Bildung, gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse, Kosten der Schülerbeförderung,
- kostenloses Mittagessen, Lehr- und Lernmittelfreiheit
- Erhöhung der Regelsätze auf 500 Euro
- Eigenständiger Regelsatz für Kinder und Jugendliche
- Keine Privatisierung von Bildung, Bild der Schule 2010
- Anrechnungsfreie Grundsicherung der Kinder,
- Gegen Ausgrenzung von Hartz IV Empfängern („man hetzt die, die wenig haben auf die, die gar nichts haben“)

Im Grunde geht es manchen Linken darum, mangelnde Radikalität des Denkens und Handelns zu bemänteln und durch angebliche Sachzwänge zu entschuldigen. (Frage der Finanzierbarkeit) Es sind aber (neue) altbekannte Formen der Radikalität auf unserer Seite notwendig, angesichts von Demokratieabbau, sozialer Unsicherheit und Grundrechtseinschränkungen.

In der heutigen gesellschaftlichen Situation auf die eventuelle Abschaffung der Hartz-Gesetze zu warten und die politische Praxis am Medienecho und an den zustimmenden Reaktionen der anderen Parlamentsfraktionen ausrichten zu wollen ist irrational oder Massenbetrug. Die Verhinderung der menschlichen Verelendung ist vordringliche Aufgabe. Das muss mit allen Mitteln (auch ungewohnten und noch nicht erprobten) angegangen werden. Dazu gehören insbesondere außerparlamentarische Initiativen sowie die Ausschöpfung aller parlamentarischen Instrumente auf mutige Weise. Es ist notwendig, über die Beschreibung von Armut hinaus aus den gewonnenen Erkenntnissen eine Strategie der politischen Veränderungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.

Maximilian Meurer

Informationen zum Sozialratschlag

Am Sonnabend, dem 30. August 2008 soll in Leipzig ein Sozialratschlag stattfinden. InitiatorInnen und VeranstalterInnen dieses Sozialratschlages sind zurzeit: AG ASG, AG Soziale Politik, AG b&g, AG Lisa, linXXnet, LAG Bedingungsloses Grundeinkommen, DKP. Weitere MitgestalterInnen sind herzlich willkommen. Der in diesem MBL enthaltene Beitrag von Maximilian Meurer stellt aus Sicht der ASG die Notwendigkeit und die Ziele des Sozialratschlages dar.

Ablauf:

- 11:00 bis 13:00 Uhr
- Eröffnung
 - Armut und Reichtum
 - Lebenslagen von MigrantInnen

- Bedingungsloses Grundeinkommen/ Bedarfsorientierte Grundsicherung – zwei linke Konzepte für eine soziale Gesellschaft und Debatte dazu

13:00 bis 14:00 Uhr
Mittagspause

14:00 bis 15:30 Uhr

- Workshops zu:
- Kinderarmut
 - Prekäre Beschäftigung
 - Hartz IV und BürgerInnenrechte
 - Diskriminierung & soziale Benachteiligung
 - bedingungsloses Grundeinkommen

16:00 bis 18:00 Uhr

Abschlussveranstaltung:

- Auswertung der Workshops
- Offene Debatte
- Verständigung zur weiteren Verfahrensweise

im Anschluss:

Grillen, Vernetzen, Kultur etc.

Als Veranstaltungsort ist die 16. Mittelschule in der Konradstraße 67, Leipzig-Neuschönefeld angefragt. Während der Veranstaltung gibt es die Möglichkeit von Ifo-Ständen auch für weitere am Thema interessierte Gliederungen und Zusammenschlüsse. Für Kinderbetreuung ist gesorgt. Da wir die Kosten für die Beteiligten möglichst niedrig halten wollen, würden wir uns sehr über selbst gebackenen Kuchen freuen.

für die OrganisatorInnen: Margitta Klug

Hans Beimler und Kurt Eisner

- Wegweiser Leipziger Junger Linker

Das Wochenende des 7. und 8. Juni 2008 durfte ich auf Initiative der AG Junge GenossInnen eine Bildungsreise in das Konzentrationslager Dachau und die Stadt München erleben. Diese Fahrten sind aus meiner Sicht eine wesentliche Leitidee der zukünftigen Jugendarbeit unserer Partei.

An der Fahrt nahmen Jugendliche unserer Partei, Sympathisanten, wie auch engagierte Jugendliche teil.

Dankbar bin ich im Besonderen auch unseren zwei Stadträtinnen Margitta Hollick und Carola Lange, die mit uns auf Entdeckungsreise gingen und wichtige Impulse beisteuerten. Wichtig werden vor allem die vielen freundschaftlichen Kontakte sein, die wir an diesem Wochenende knüpfen konnten. Auch mit den Jugendlichen aus dem Verein „Bunte Platte“ aus Grünau konnten wir über die Leipziger Situation, wie auch das Erbe des antifaschistischen Widerstands und der sich aus der jetzigen Zeit erkennenden dringenden antifaschistischen Herausforderung ergebnisse diskutieren.

Nach angeregten Debatten erreichten wir mittags die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau. An dieser Stelle möchte ich nicht viele Worte über die Besichtigung der Gedenkstätte machen. Wie allen bekannt ist, wäre dies Anlass für einen weit umfangreicheren Artikel. Charak-

teristisch war das aufrichtig empfundene Entsetzen der Jugendlichen über das Schicksal jedes Einzelnen Insassen des Konzentrationslagers Dachau aus dem antifaschistischen Widerstand. Wir alle wissen, um den Lehrplan, der sich radikal von dem der DDR unterscheidet. Wenn nicht wir, wer sonst wird die künftigen Generationen an den Opfern des antifaschistischen Widerstands Deutschlands teilhaben lassen? Wer hält das Erbe lebendig, wenn nicht wir?

Leider war es dem BdA nicht möglich, uns einen Zeitzeugen für die Vertiefung der gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse zu vermitteln. Dies macht umso deutlicher, wie wichtig unser Engagement ist. Es bedarf unseres täglichen Engagements, den Gefahren des Faschismus entgegenzutreten und das Bewusstsein des kostbaren Erbes des Sozialistischen Widerstands zu erinnern!

Am Sonntag gingen wir, geführt durch die Genossen Woody Kopf-Gonzales und Dony Zagel wir auf einen soliden, selbst organisierten Stadtrundgang durch die Geschichte der Arbeiterbewegung in München. Auch hier: Viele Eindrücke, die ich an dieser Stelle weder ansatzweise noch umfassend beschreiben kann. Aber in einem sind wir uns einig: die gemeinsame Würdigung des Genossen Kurt Eisner am Ort seiner Ermordung hat sich in unser aller Bewusstsein eingepreßt.

Freiheit, Emanzipation durch soziale Demokratie sind die Lehre unserer Generation aus den Opfern von dem Martyrium. Der Schmerz der Niederlage, der Opfer des unendlichen Leids unserer Genossinnen und Genossen, sozialistischen Freiheitsbewegung in Deutschland, antifaschistischen Widerstandes, wie auch des Kalten Krieges setzen Maßstäbe und Leitlinien der heutigen Generation junger Linker.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte das Erlebnis, die lebendigen Gespräche, das gegenseitige Kennenlernen und den Respekt dieser Bildungsfahrt nicht vermissen. Für mich sind sie unverzichtbare Bestandteile, insbesondere auch der zukünftigen politischen Tätigkeit unseres Stadtverbandes. Ich durfte Zeuge einer Jugendarbeit sein, die niemand ausgrenzt, aber gleichzeitig jeden Einzelnen mit seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten und aktuellen Interessen zum Ausgangspunkt der gemeinsamen Weiterentwicklung unserer sozialistischen Idee macht.

Mein Dank geht an die Organisatoren und die Partei, die uns die Gelegenheit bietet, auf Grundlage der Erfahrungen der vor uns stehenden Generationen sozialistische, entschieden antikapitalistische Politik in Deutschland mehrheitsfähig zu machen. Ich bin dankbar, ein Teil der Bewegung sein zu dürfen, was ja für viele nicht selbstverständlich gewesen ist.

Peter Wasem

Zum Artikel des Herrn Meurer aus MB Juni 2008 und all seinen vorherigen Mitteilungen

Sehr geehrter Herr Meurer,
nach der gestrigen Beratung aller Ortsverbände und der allgemeinen Verwunderung über die neuerlichen Hinweise an Skadi Jennicke möchte ich Ihnen hier einmal antworten:

Zunächst möchte ich Sie fragen, ob Sie denken, dass ich vom Bildungsniveau her würdig und in der Lage bin, Ihnen zu antworten:

- Ich bin Diplomökonom (mit Zulassung) Handelshochschule Leipzig - heute heißt das Betriebswirt.

- Betreut wurde ich von Prof. Stumpf. Da ich zwischendurch noch mit einer schweren Krankheit kämpfen musste, konnte ich meine Diplomthemen vom Krankenhaus aus mit Prof. Stumpf klären und habe meinen zeitlichen Nachholebedarf mit ihm zu Hause bearbeitet, ohne nur einen Pfennig zu bezahlen.
- Ich habe mein Studium und Diplom in exakt acht Semestern geschafft. In meiner Diplomarbeit habe ich mich mit den Auswirkungen des internationalen Handels auf den Binnenhandel und die Konsumgüterproduktion beschäftigt. Nebenbei habe ich noch meine Tochter zur Welt gebracht und habe in Schönefeld im Internat gewohnt. Meine Tochter wurde in einer neuen Babykinderkrippe gleich um die Ecke von ausgebildeten Erzieherinnen betreut (Fachhochschulausbildung).

- Die Handelshochschule Leipzig gibt es auch heute noch in der Marktwirtschaft.

- Ich stehe seit Beendigung meines Studiums bis heute ununterbrochen im beruflichen Leben und bin ordentlich verheiratet.

Ich möchte Sie hiermit auffordern, zukünftig alle diskriminierenden Vorwürfe gegen unsere Mitglieder zu unterlassen: Dr. Ilse Lauter hat ebenfalls eine sehr gute Ausbildung in der DDR bekommen, wir haben uns vor den letzten Kommunalwahlen mit dem brisanten Thema „Cross Border Leasing“ befasst, alle Gesetze dazu gelesen, verstanden und in die Tat umgesetzt - d. h., wir haben ganz klar entschieden, dass das für unsere Partei nicht in Frage kommt - und heute zu Tage ist die Geschichte (gesellschaftlich betrachtet) ja sehr fix - sie hat uns Recht gegeben: In den USA ist

diese Finanzspekulation unterdessen verboten. Wenn Sie mal Zeit haben, würde ich mich freuen, wenn Sie mir alle Kommunen zuarbeiten, die damit ins finanzielle, praktische und rechtliche Desaster gebracht wurden (vielen Dank schon im Voraus).

Frau Lauter wurde in mehreren Wahlverfahren von der übergroßen Mehrheit für würdig und in der Lage befunden, die Vorsitzende unserer Fraktion im Stadtrat zu sein (ich bitte Sie, diese demokratischen Spielregeln unserer Partei zu akzeptieren oder sich einem Club anzuschließen, wo es keine demokratischen Spielregeln zu beachten gibt).

Genauso verhält es sich mit Skadi Jennicke. Sie wurde von unserem Stadtverband demokratisch gewählt, die Wahlordnung und die Protokollführung dazu können Sie gerne in der Geschäftsstelle nachlesen. Sie hat meine volle Unterstützung und ich bitte Sie, weitere öffentliche Angriffe und Unterstellungen zu unterlassen. Im übrigen müssen wir Mitglieder und Vorstände der Basis nicht in MEW I, 402 nach den Quellen sozialer Probleme suchen (das habe ich während meines Studiums auch gelesen - ich bin schon bei der Umsetzung angekommen), sondern erfahren diese in unserer Arbeit mit den Menschen vor Ort und fordern von Stadt und Land die statistische Erfassung der sozialen Lage der Menschen, was dann auch durch unsere jahrelangen Bemühungen darum geschehen ist - lies diesen Soziallagenreport einfach mal.

Nun kann ich Sie ja verstehen, dass es so Tage gibt, wo man mit sich und seiner Umwelt mal nicht klar kommt: Dafür haben die Engländer eine wunderbare Erfindung gemacht: Sie kennen ja bestimmt den Park, wo man sich auf den Stuhl stellt und seinen Ärger in die Welt schreit - danach kann man dann wieder klar denken und erkennen, welche Aufgaben sich unsere Partei gestellt hat - hier im Folgendem einige Beispiele. Sollten Sie von einer dieser Aufgaben angegangen sein, würde ich mich über Ihre tatkräftige Mitwirkung sehr freuen:

- Hilfe für Menschen in sozialer Not (und Politikangebote an Kommunen und Bundestag zur Lösung dieser sozialen Not

im reichen Deutschland/siehe Vorschlag **neues Steuerkonzept** der Linken im Bundestag /Broschüre liegt in der Geschäftsstelle aus „Manager-einkünfte...“).

- Arbeit mit den Menschen vor Ort in den Wohngebieten, wo wir ihnen Mut machen, sich doch auch an dieser aktiven Gestaltung der sie umgebenden Gesellschaft zu beteiligen

- und damit z. B. in Zukunft zu verhindern, das Menschen in sozialer und / oder gesundheitlicher Not ihr Baby neben der Mülltonne ablegen (schon Clara Zetkin wusste, das Mütter sich nach der Entbindung in einer gefährlichen gesundheitlichen Situation befinden, die sie dann u. a. zu solchen Reaktionen bringt - das kann man nur mit einer sozialen und medizinischen Rundumbetreuung der Mütter verhindern) - hilf uns, dieses soziale /medizinische Netz wieder aufzubauen, das es zu DDR-Zeiten bereits gab.

- Kampf um den Mindestlohn - Start unsererseits mit 8,00 Euro - wenn die Gewerkschaften sich jetzt mit voller Kraft für 7,50 Euro einsetzen, ist das auch ein Erfolg.

Sind da einige anspruchsvolle Themen für Sie dabei? Ich nenne Ihnen gern noch weitere, aber bitte machen Sie vorher einen Termin mit mir - ich bin selten zu Hause und habe einen vollen Terminkalender.

Und wenn Sie dann mit uns Nelken verteilt haben (zum internat. Frauentag), Plakate auf und abgehängt haben, Spenden aufgebracht haben für unsere Traditionspflege am Liebknechtthaus usw., würde ich mich sehr, sehr über eine Positivmeldung Ihrerseits in unserem Mitteilungsblatt für positive Taten und Aufrufe um Mithilfe zu positiven Taten freuen: Das könnte dann so aussehen: „Wir bedanken uns bei allen Mitstreitern für die erfolgreiche Durchführung des 7. Kinderfestes in Reudnitz / Thonberg am 15. Juni 2008, wo wir von 14:00 - 18:30 Uhr ununterbrochen mit den Kindern und den Eltern Staffelspiele durchgeführt haben bei hohem Andrang und viel Begeisterung, viele Kinder mit unseren kleinen Preisen erfreuen konnten und nebenbei mit den Eltern ins Gespräch gekommen sind über unsere gesellschaftsverändernde Politik. Unsere welt-offenen Traditionen haben wir durch die Teilnahme der AG cuba si und interna-

tionalen Tanzvorführungen verkündet und hatten viel Spaß dabei. Der mittelständische Wirt hat sich über riesigen Umsatz gefreut und kann damit wieder

Steuern in die kommunalen Kassen zahlen, damit die Stadt auch in Zukunft etwas mehr Geld hat für die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen – also

nochmals Dank an alle in Vorfreude auf das nächste Kinderfest in Reudnitz / Thonberg. Der Ortsvorstand“ *Petra Blume (OV Neu-Paunsdorf)*

Der Leipziger Linke Horst Pawlitzky und die Jungs und Mädels von Gestern

Im Mitteilungsblatt 6/2008 der Leipziger Linken entledigt sich der Genosse Pawlitzky jeden guten Glaubens und fährt zu den Höhen der Regelwerke des Kapitalismus auf, um von oben zu betrachten, wie er daselbst als Dozent weissagt, was geschehen würde, wenn nicht...

Wenn nicht? Wenn der Mensch nicht arbeiten ginge beispielsweise, dann gäbe es auch keine Leistung, die zu verteilen sei. Recht hat er, der Genosse mit der Trompete, der uns den Marsch bläst. Und um es richtig rund zu machen, ufert er aus und holt den Joker ins Spiel, die Gewerkschaften. Sie müssen unterstützt werden, damit Leistung entsteht, entlohnt und verteilt werden kann. Auch richtig! Nun kommt es nur darauf an, den Kuchen richtig zu verteilen und da wird's problematisch. Pawlitzky meint schon mal, Juliane Nagel sei keine richtige Empfängerin, weil sie zu Genuss aufruft und zur Verschwendung mahnt.

Und da liegt das Problem nicht nur des Genossen Pawlitzky – er kennt sich nicht aus in den Angelegenheiten, die

man Freiheit nennt und so kommt es, dass er den Lebensentwurf von Juliane Nagel gar nicht verstehen kann und vollkommen übersieht, dass sie täglich viel arbeitet. Sie ist keine Tischlerin oder Polizistin, sie ist Politikerin, also ist sie nicht übersät mit Sägespänen und eine Uniform, um das Gewaltmonopol zu repräsentieren, trägt sie auch nicht. Wenn sie nun nur für sich spräche, käme das dem Genossen Pawlitzky in die Quere. Doch auch so unterbricht sie seine Geradlinigkeit, in der es heißt: „Jeder muss arbeiten, damit jeder etwas bekommt.“ Und er bringt die alte Kirche auf den Plan, die auch Müntefering schon, nur umgekehrt zitierte: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Wie der „wer“ zum Nichtarbeiten kommt, wissen weder Müntefering noch Pawlitzky. Das heißt; sie wissen es schon, aber sie unterbinden es in der Darstellung, um auch nach 100 und mehr Jahren Arbeitslosigkeit das alte Lied von der Pflicht zu singen, die nicht einmal sie noch zu menschenwürdigen Umständen garantieren können. Das aber erklärt noch nicht, weshalb

Pawlitzkys Gesellschaftsthese doktrinär und aus freiheitlichem Gesichtspunkt falsch ist. So, wie Leistungen verteilt werden, könnte ja auch Arbeit verteilt und deren Charakter neu definiert werden, indem einfach andere Tätigkeit, anderes Wirken in den Begriff mit aufgenommen wird, der zunächst erst einmal der kruden kapitalistischen Wertschöpfungs- und Falschverteilungslogik entspringt, dass alles, was man mit Herunterschmeißen kaputt machen kann, das Ergebnis einer Arbeit sei. Nichtarbeit sei hingegen, was man sich freiwillig aufbürdet, also gesellschaftliches Engagement, Kunst, Singen, Tanzen – schlicht Kultur, Lesen, Schreiben, Schule, Kindergarten, Musik hören. Juliane Nagel meinte also gar nicht, dass die einen fleißig sein müssten, damit die anderen ihre Werte verschwenden, also faul sein dürften, sondern sie meinte vielleicht, dass alles Tun belohnt werden müsse, weil es gesellschaftlich verwertbar ist. Selbst Literatur, Genosse Pawlitzky hat einen Mehrwert, der darin besteht, dass Bücher nicht gelesen aber geschrieben werden. Mit Kaffeemaschinen ist das im Kapitalismus ähnlich.

Ingo Groepler Roeser

Leserbrief

Im letzten Mitteilungsblatt unseres Stadtverbandes, Heft Juni/2008, hat sich Gen. Meurer zum Prozess der inneren Festigung unserer neuen Linken der organisatorischen Vereinigung von Linkspartei und WASG geäußert und hat sich mit einer eigenartig anmutenden Analyse erneut eingebracht. Wir stehen zur Vielfalt der Meinungen als eine der Stärken unserer linken Partei, wenn es der parteilichen Klärung und Festigung der linken Positionen zur politischen Wirksamkeit in der heutigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung für unsere sozialistische Zielstellung nutzbringend ist.

Der Titel seines Beitrags zur Diskussion u. a. zum Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten „Weder langer Atem noch Brechstange“ weckt die Hoffnung auf

eine vernünftige baldige politisch einigende Lösung für das Handeln auch bei unterschiedlichen linken Auffassungen der Mitglieder im Stadtverband unserer neuen Linken.

Wenn man jedoch den Kern seines Beitrags betrachtet, indem er sich als in einer Minderheit stehenden Kritikers selbst definiert, so stellt er die Mehrheit der Genossen des Stadtverbandes als inkompetente, fehlinformierte und unkritische Mitglieder dar, die eine „intendierete Grundauffassung der Funktionärsgruppe“ stützen.

Mir liegt es nicht, den mit der eigenen vieljährigen ehrenamtlichen politischen Tätigkeit in einem Ortsverband verbundenen hohen persönlichen Einsatz beziehungsweise das wirksame politische Handeln und Auftreten in der Öffentlich-

keit für unsere sozialistischen Inhalte herauszuheben, weil es viele sind, die so unserer Partei Profil geben. Bei der so diskreditieren kritisierten Mehrheit im Stadtverband handelt es sich um sehr viele solcher Genossinnen und Genossen, die im täglichen politischen Geschehen nach der Wende bewiesen haben, Treue für die sozialistischen Ideale zu bewahren, gelernt haben selbstkritisch zu sein, Toleranz zu üben und ihren Kopf und politischen Willen für das Machbare einzusetzen.

In dem Beitrag ist für mich nicht erkennbar, ob hier gleiche politische Maßstäbe als „Kritiker“ an sich selbst gesetzt werden, wie sie von der „Mehrheit“ angemahnt werden.

Sehr richtig ist ausgedrückt, dass der politische Wille von allen notwendig ist. Politischer Wille ist ein subjektiver Begriff, der sinnvoll wird, wenn er in der

Erkenntnis weit gehend der objektiven Realität nahe kommt.

Praktisch zeigt sich das gegenwärtig daran, mit wie viel an politischem Einsatz die Möglichkeit des Sozialtickets für die sozial gebeutelten Bürger Leipzig erkämpft werden muss.

Die Analyse im Beitrag zu der pauschal formulierten Mehrheit und Minderheit und zu unseren Funktionären ist offensichtlich mehr der subjektiven Seite zuzuordnen und zeigt meines Erachtens nicht zuletzt ein Autoritätsproblem. Nachdenklich machen sollte deshalb abschließend auch ein Zitat von Friedrich Engels, indem er der Frage der Über-

ordnung beziehungsweise Unterordnung des Willens nachgeht, um sinngemäße Schlussfolgerung anzuregen: „einige Sozialisten haben letzter Zeit einen regelrechten Kreuzzug gegen das eröffnet, was sie das Autoritätsprinzip nennen. Sie brauchen nur zu sagen, dieser oder jener Akt sei autoritär, um ihn zu verurteilen. Mit diesem summarischen Verfahren wird derart Missbrauch getrieben, daß es nötig ist, die Angelegenheit ein wenig aus der Nähe zu betrachten. Autoritäten in dem Sinn des Wortes um den es sich handelt, soviel besagen wie: Überordnung eines fremden Willens über den unseren; Autorität setzt auf der

anderen Seite Unterordnung voraus.“ Und er fährt dann fort: „wir haben also gesehen, dass einerseits eine gewisse, ganz gleich auf welche Art übertragene Autorität und andererseits eine gewisse Unterordnung Dinge sind, die sich uns aufzwingend unabhängig von allen sozialen Organisationen...“

Abschließend stellt er fest: „Also von zwei Dingen eins: entweder wissen die Antiautoritarier nicht, was sie sagen, und in diesem Fall säen Sie nur Konfusion; oder sie wissen es, und in diesem Fall üben sie Verrat an der Bewegung des Proletariats.“

Siegfried Heinrich

Alle Altersgruppen müssen angemessen vertreten sein

Es ist nachlesbar, dass in der Leipziger Linken intensiv über ein Kommunalwahlprogramm diskutiert wird. Über verschiedene Schwerpunkte der Stadtpolitik, zu sozialer Gerechtigkeit, Arbeit und Wirtschaft, Demokratiefragen... wird in Diskussionen und Veranstaltungen intensiv gestritten. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass das Angebot an Menschen für die Landtags- und Kommunalwahlen in die Diskussion kommt. Einerseits freue ich mich darüber, dass – wie man so hört, viele erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wieder kandidieren wollen. Und in der Tat ist der Stadtverstand auf die Sachkenntnis und Kompetenz von Rüdiger Ulrich, Margitta Hollick, Dietmar Pellmann, Siegfried Schlegel,... weiter angewiesen und wird darauf weiter angewiesen sein. Im Stadtrat oder/und im Landtag. Ich freue mich, dass diejenigen, die die Fahne der PDS nach 1990 hochgehalten haben, weiter zur Verfügung stehen. Die Partei kann und darf auf den Rat dieser erfolgreichen Politikergeneration nicht einmal ansatzweise verzichten.

Andererseits sehe ich das Beispiel von „Leipzigs Neue“ vor mir, wo die Autoren mit den Lesern älter geworden sind... und jetzt einige Autoren in Pension gehen und es Probleme mit dem Übergang gibt. Ich will damit sagen: Es ist gut, wenn die alten Hasen wieder bereit stehen. Gleichzeitig sollten aber auch neue Leute der jüngeren und der mittleren Ge-

neration eine Chance bekommen. Denn ansonsten stehen wir nicht jetzt – wo kein Generationswechsel ansteht! –, aber vielleicht in fünf oder zehn Jahren vor dem Problem, dass keine Nachfolger zur Verfügung stehen, weil zu wenig Leute in die Politikfelder der „Etablierten“ eingearbeitet sind. Die Zukunft sollte aus Sicht der Linken gut vorbereitet werden. Neben der Frage, wie der spätestens in zehn oder fünfzehn Jahren anstehende Generationswechsel vorbereitet sein soll, geht es natürlich auch darum, dass die verschiedensten Altersgruppen vertreten sind. Die jüngeren werden in bezug auf Politikfelder andere Erfahrungen, Sichtweisen einbringen als manch Genosse der älteren Generation.

Auf vielen Ebenen hat die Partei diesen vorsichtigen Generationswechsel erfolgreich organisiert. Mit Katja Kipping und Jan Korte auf der Bundesebene, Heike Werner auf der Landes- und Skadi Jennicke auf der Stadtebene hat die Partei rechtzeitig jüngeren Leuten eine Chance gegeben. Dies sollte auch so sein – soweit die Kandidaten Fleiß, Sachkenntnis und menschliche Kompetenz nachweisen können.

Und zugegeben, andere Regionen der Linken geben den Jüngeren eher eine Chance. Dabei sind beide Extreme abzulehnen: Einen Jugendkult zu verfolgen, junge Kandidaten zu wählen, nur weil sie jung sind und ein breites Kreuz (männlich) oder ein kurzes Röckchen (weiblich) haben, und dann zu sagen, macht mal

Genauso falsch ist es aber, zu sagen, werde es mal 40 Jahre alt und setze erstmal drei Kinder in die Welt, dann kannst Du Dich um ein Mandat bewerben. Gerade hier kann die Leipziger Linke noch offener werden, was die Landtags- und Kommunalwahlkandidaten betrifft, denn alt und jung wollen vertreten sein.

Deshalb ist es wünschenswert, wenn alle Generationen, sowohl die älteren als auch die jüngeren, bei der Kandidatenaufstellung für die Landtags- und Kommunalwahlen berücksichtigt werden.

Zugegeben, jung ist nicht gleich jung; die Partei ist hier genauso differenziert wie die Gesellschaft selbst: zwischen Grünau und Connewitz, Gohlis und Wahren; zwischen Streber und Aussteiger; zwischen Spießer und Extremsportler; zwischen politisch ambitioniert und vor allem an Visionen interessiert, zwischen Mitmachen und Verweigern, zwischen Partei und Bewegung, zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit, zwischen Generation Trabant und Generation Golf.

Andererseits ist „jung sein“ per se auch noch kein Vorzug. Denn auch von dieser Generation ist gefordert, sich einzubringen – mit neuen Ideen, Ansätzen und Engagement. Abrechenbar für die Stadt und die Wähler Politik zu machen – mit Anträgen, Ideen und Sprechstunden. Ernsthaft und verantwortungsbewusst, weil Politik keine Spaßveranstaltung ist. Dabei sollte Politik kein Karriere-sprungbrett sein, sondern als Pflicht empfunden zu werden, Wählerinteressen zu vertreten und den Wählerauftrag ernst zu nehmen. Nicht jeder, der jung ist, muss gewählt werden. Sachkenntnis, Fleiß, die Umsetzung der

Beschlusslage und das Einhalten dieser, das Einbringen von (konstruktiver) Kritik, aber auch das Annehmen von Niederlagen und Kritik sowie das Einbringen in Teams sollten Grundvoraussetzungen sein, um gewählt zu werden. Je-

doch muss gewährleistet sein, dass auch die Gruppe der 35-Jährigen bei der Kandidatenaufstellung eine faire Chance bekommt, damit der Übergang in der Partei auch organisiert werden kann. Denn zumeist erhalten Leute, die jünger

sind, in der Partei weniger Stimmen als die älteren Genossinnen und Genossen. Diese haben einen Erfahrungsvorsprung, den die jüngeren aber wettmachen können: durch den Willen zu lernen, und die Fähigkeit zu lernen. **Andreas W**

Leserbrief

„[...] daß die Arbeit dem Arbeiter äußerlich ist, d. h. nicht zu seinem Wesen gehört, daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird.“ - Karl Marx in den ökonomisch-philosophischen Manu-

skripten. „Menschen werden aufs Abstellgleis gestellt, als stille Arbeitskraftreserve auf niedrigem Niveau verwaltet - ohne Aussicht in die Verwertungsmühle zurückkehren zu dürfen. Und auch die, die aktive ge- und verbraucht werden, müssen sich mit immer schlechteren Konditionen abfinden. Dies ist das sogenannte Prekariat.“

So lautet ein Fazit der Linksjugend [‘solid] in Sachsen, als Feststellung des Status Quo. Unser Wunsch, wie dieser aussehen möge ist freilich ganz anders gestaltet. Wir warten auch auf kein übermenschliches Wesen, wer tut das schon. Vielmehr erfolgt immer wieder der Hinweis, dass der wohlbekannte, eingetragene Arbeitsbegriff uns keinen Gefallen mehr tut. So er es jemals tat.

In Folge einer schon lang’ andauernden Umwälzung der Voraussetzungen der Produktion, wird nicht zuletzt immer

mehr Arbeitskraft überflüssig und harrt letztendlich beim „Amt“ seiner Verwaltung. Aufstockende ALG II Maßnahmen trotz Arbeit - trotz nicht vorhandener Arbeit erfinden wir „Arbeit“, um ein Lebensmaß- und Mittelpunkt voraus- und festzusetzen.

Unerträgliche Zahlenspielerien und Statistikanpassungen finden immer wieder statt, beim Ruf nach Vollbeschäftigung wird ins selbe Horn gestoßen und das sogenannte Prekariat schaut hoffend dabei zu? Das kann es nicht sein und verlangt seit längerer Zeit nach unverbrauchten Debatten, verlangt nach Hinterfragung, wo es im Kapitalismus für die „Überflüssigen“ hingehen soll?

Nicht mehr, aber gerade nicht weniger hat Juliane Nagel in ihrem Beitrag gefragt. Für uns ist die Frage ein tragendes Element linker Perspektive auf Arbeit, auf Befreiung vom Zwang und Vision einer emanzipatorischen Gesellschaft. **Gregor Henker**

Die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Situation in Leipzig

Redebeitrag der Fraktionsvorsitzenden Dr. Ilse Lauter zur Sondersitzung der Ratsversammlung am 25.06.08

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen!

Auf Antrag meiner Fraktion wurde im Oktober 2007 beschlossen, diese Sondersitzung zur wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Situation in Leipzig durchzuführen. Wir hielten und halten es für notwendig, sachlich und kritisch zu prüfen, was in der Stadt Leipzig seit dem Beschluss über die strategischen Ziele der Kommunalpolitik vom Oktober 2005 erreicht wurde. Zur Erinnerung: das erste Ziel ist die „Schaffung von Rahmenbedingungen zum Erhalt bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zu Beginn Ihrer Amtszeit sagten Sie zum Problem der Langzeitarbeitslosen: Da „stehen wir“ - in der Pflicht und in der Verantwortung, hier neue Formen der

sinnvollen Beschäftigung zu finden ... bei denen langfristig Lohnarbeit im ersten Arbeitsmarkt eben nicht möglich sein wird.“ An gleicher Stelle formulierten Sie: „Wichtig ist der realistische Blick auf Dinge. Wir dürfen uns nichts vormachen. Aber genauso wichtig ist mir, dass wir ambitioniert und mit hohem Anspruch die Ziele benennen, die Dinge anpacken und nicht vor lauter Realismus die Hände in den Schoß legen.“

Nun, machen wir uns an einen realistischen Blick auf die Dinge: Arbeitslosigkeit, Arbeitsplätze und ihre Struktur

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in jüngster Zeit aufgrund der günstigeren Wirtschaftsentwicklung leicht entspannt. Die sächsische Arbeitslosenquote sank im Mai 2008 durchschnittlich auf 13,1%. Etwa 14.000 Menschen kamen in dieser Zeit in Arbeit. Dieses positive Ergebnis sollte uns nicht daran hindern, etwas genauer hinzuschauen. Schon

nach 500 Tagen Ihres Wirkens konstatierten Sie, Herr Oberbürgermeister, dass es „aufgrund verfehlter bundespolitischer Entscheidungen nicht gelungen ist, mehr langzeitarbeitslose Menschen am Aufschwung teilhaben zu lassen.“ Sie bezogen das auf die Entscheidungen über die ABM. Wir beziehen das auf das unsoziale und ungerechte Hartz IV-Gesetz, an dem Ihr Vorgänger und jetziger Aufbau Ost Minister Mitverantwortung trägt. Bleiben wir aber in Sachsen und vergleichen Leipzig mit den anderen sächsischen Großstädten. „Im Vergleich der sächsischen Arbeitsagenturen lag der Agenturbezirk Leipzig - mit 14,8 % auf dem vorletzten Platz. Die niedrigste Arbeitslosenquote im sächsischen Großstadt-Vergleich hatte Dresden mit 10,9 %, gefolgt von Chemnitz mit 11,9 %.“ Auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Vorjahr ist in den Regierungsbezirken Chemnitz, Dresden und Leipzig unterschiedlich: Chemnitz 6,8 %, Dresden 4,2 %, Leipzig 3,8 %.

14,7 % der in Leipzig geschaffenen Ar-

beitsplätze sind dabei marginal, also Ich-AGs oder Ein-Euro-Jobs, auch hier liegt Leipzig deutlich über Dresden und Chemnitz. Der durchschnittliche Stundenlohn im verarbeitenden Gewerbe für Arbeiter liegt mit 12,04 € unter den Werten von Chemnitz und Dresden.“ Nehmen Sie die Arbeitslosigkeit, die Kaufkraftentwicklung, nehmen Sie die Privatinsolvenzen, die Gewerbean- und -abmeldungen, überall hinkt die europäische Großstadt mit internationalem Anspruch ihren sächsischen Schwesterstädten hinterher. Warum macht die sächsische Konjunkturlokomotive gerade um Leipzig solch einen Bogen? Dazu gibt es sicher viele Antworten, ich will hier nur zwei benennen: Die Leipziger Wirtschaftsregion ist durch die vielseitige Verflechtung mit ihrem mitteldeutschen Umland gekennzeichnet. Mitteldeutschland hat jahrhundertlange industrielle Traditionen, gute logistische Möglichkeiten und immer noch qualifizierte Fachkräfte. Eine harmonische Zusammenführung dieser Potenzen könnte den Aufschwung schon vorantreiben...wenn da nicht über uns die Kleinstaaterei liegen würde wie ein Spinnennetz. So hat man in Halle, Leipzig und Gera großes Interesse daran, die Wirtschaftskraft der Region Mitteldeutschland zu bündeln. Die Interessenlage in Erfurt, Magdeburg und vor allem in Dresden ist aber anscheinend eine ganz andere!

Dass die sächsische Funktional- und Kreisgebietsreform allein durch die Neuordnung des Kreises Döbeln der hiesigen regionalen Wirtschaft schadet, ist Ihnen, Herr Minister, bekannt. Und dennoch wird sie so durchgezogen. Von ausgleichender regionaler Gerechtigkeit keine Spur!

Zu strukturellen Fragen der Leipziger Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung: Nach Einschätzung der IHK führt der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Leipzig nicht zu einer höheren Binnen-Nachfrage. Wie kommt das? Bei den neu entstandenen Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen besorgniserregende Tendenzen hin zu Arbeitsverhältnissen, die vielfach nicht zur Sicherung des persönlichen Lebensunterhaltes bzw. dem der Familien ausreichen. Das betrifft in Leipzig zurzeit mehr als 17.660 Menschen – Menschen, die trotz angestrengter Arbeit nicht aus eigener Kraft

in der Lage sind, sich und ihre Familie zu ernähren. Vor Jahresfrist waren es 11.895; das ist eine Steigerung um rund ein Drittel! Diese sogenannten Aufstocker sind zwar aus der Arbeitslosenstatistik raus, aber in den Bedarfsgemeinschaften weiterhin drin. Neben der für die Betroffenen völlig unbefriedigenden Situation bedeutet das auch die weitere Belastung der kommunalen Kassen. Darüber hinaus ging der Wirtschaftsaufschwung an der großen Zahl der Langezeitarbeitslosen anscheinend völlig vorbei. Daher kann ich die gestern ausgereichte Kritik der IHK zur heutigen Vorlage nicht teilen, dass die kommunale Beschäftigungspolitik sich viel zu sehr „auf den Ausbau des zweiten und dritten Arbeitsmarktes bezieht“ (Stellungnahme der IHK zum Entwurf des Aktionsplanes Beschäftigung). Die IHK warnt sogar vor dem Kommunalkombi als „latente Gefahr, dass der gewerblichen Wirtschaft Auftragspotential in Größenordnungen entzogen wird.“ Gleichzeitig wird aber konstatiert, dass es eine Illusion sei, „Menschen mit multiplen Vermittlungsschwierigkeiten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu integrieren.“ Zum einen dürfen ALG II-Bezieher nicht per se in diesen Topf geworfen werden. Zu ihnen gehören tausende Menschen, die arbeiten wollen und könnten, aber nicht können. Zum anderen – das Argument kommt ja immer wieder – gibt es unter ihnen Menschen, die nebenher noch etwas dazuverdienen, nicht immer legal. Aber Schwarzarbeit – sehr geehrte Herren von der Wirtschaft – ist nicht das Problem des Schwarzarbeiters, sondern dessen, der ihn illegal beschäftigt. Die Einschätzung der IHK, dass „die Wirtschaft derzeit und in Zukunft in erster Linie Fachkräfte und hochqualifizierte Arbeitskräfte nachfragt“, hat vielleicht ihre Berechtigung. Wie aber dann der Kommunalkombi der Wirtschaft schaden soll, müsste Herr Topf schon erklären. Wenn die potentiellen Nutzer dieser Förderung hoch qualifiziert sind – wieso werden sie dann in der Privatwirtschaft nicht nachgefragt? Und wenn sie es nicht sind, dann passen sie ja laut IHK ohnehin nicht in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Und warum haben wir bei einer hohen Arbeitslosigkeit gleichzeitig einen Mangel an Fachkräften? Offenbar hat die Privatwirtschaft im Unterschied

zu den kommunalen Unternehmen in der Vergangenheit zu wenig selbst ausgebildet, woher sonst der Mangel? Eine Ausbildungsabgabe würde da schon Fortschritte bewirken. Darüber hinaus sind viele junge Leute derzeit grottenschlecht auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Ein Blick in den Sozialreport 2007 der Stadt Leipzig zeigt, dass vom Geburtsjahrgang 1987/88 allein 12% der Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen haben. Und auch ein Hauptschulabschluss (immerhin 9%) befähigt noch lange nicht zum Kopfrechnen oder zum selbständigen Schreiben eines Briefes – das weiß ich aus eigener beruflicher Erfahrung. Die Zahl der Schüler, die eine Lernförderung benötigen, hat sich seit 1993 ebenso vervierfacht wie die Zahl der „Kinder mit emotionalen und sozialen Behinderungen“ – ja, so heißt das. Das ist das Ergebnis von achtzehn Jahren sächsischer Bildungspolitik. Um mit meinem Landtagskollegen André Hahn zu sprechen: „Mit einer Politik, die wirtschaftlich von gestern, bildungspolitisch von vorgestern und sozialpolitisch am Rande des Mittelalters ist, kann man keine Dynamik auslösen.“

Die Leipziger Verantwortung

Was wollten wir für eine Sondersitzung? Sicher keine beschlussunfähige Showveranstaltung. Dazu ist die Lage der Arbeitslosen viel zu ernst:

- Die davon Betroffenen leben in Unsicherheit und tendenzieller Verarmung
- Die Stadt – ohnehin an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit – muss immer mehr Mittel für die Versorgung bereitstellen, ohne dafür vom Bund finanziell entsprechend ausgestattet zu werden
- Die Arbeitslosen von heute sind die Altersarmen von morgen, vor der künftigen Belastung für die Kommune hat mein Fraktionskollege Dietmar Pellmann gewarnt
- Armut und Reichtum driften stadtteilweise auseinander
- Der soziale Zusammenhalt unserer Kommune scheint gefährdet
- Die Wahlerfolge der NPD sollten uns auch in dieser Hinsicht aufrütteln.

Die heutige Veranstaltung und ihre Vorbereitung gibt uns nicht den Eindruck, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, diesen Ernst der Lage erkannt haben.

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mi., 16. Juli 2008 - 19:00 Uhr

Vortrag und Gespräch: Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik - Möglichkeiten und Grenzen kritischer Wissenschaft, in Zusammenarbeit mit dem StudentInnenrat Leipzig, dem Linke.SDS Leipzig und der Engagierten Wissenschaft e. V., Geisteswissenschaftliches Zentrum, Beethovenstraße 15, Raum 1.0.15.

Di., 5. August 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Bernstein und der „moderne Sozialismus“ mit Dr. Ehrenfried Pöbneck. LHL.

Do., 7. August 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Alter Wein in alten Schläuchen - neue Strategien und Inhalte der Neonazis mit Volkmar Wölk. LHL.

Do., 14. August 2008 - 18:00 Uhr

Unter dem Motto: „Die Rente ist für alle da“ ein Bürgerforum mit den beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Barbara Höll und Klaus Ernst statt. LHL.

Sa., 23. August 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe werden gesellschaftskritische und politische Filme gezeigt. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Die fetten Jahre sind vorbei“.

Di., 26. August 2008 - 8:30 Uhr

Das Rentenmobil der Bundestagsfraktion macht in in Leipzig Station. Petersstraße - Höhe Hugendubel.

Di., 26. August 2008 - 18:00 Uhr

Veränderung: Arbeitstreffen der AG „Soziale Politik“ im August. linxxnet.

Fr., 29. August 2008 - 16:00 Uhr

Übergabe des Liebknecht-Hauses an die Partei DIE LINKE. mit Grillen. Ab 18 Uhr Buchlesung mit Dr. Hans Modrow. LHL.

Do., 4. September 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Richard Wagner und die Politik mit Prof. W. Wolf, LHL.

Fr., 5. September 2008 - 14:00 Uhr

Volksfest zur Einführung des Sozialtickets, Parkgaststätte agrapark.

Do., 11. September 2008 - 14:30 Uhr

Bürgersprechstunde der Stadträtinnen Anne Draheim und Carola Lange, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120.

Sa., 13. September 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe werden gesellschaftskritische und politische Filme gezeigt. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Max & Moritz reloaded“. LHL.

Fr., 26. September 2008 - 18:00 Uhr

„ERZÄHLEN & SCHREIBEN“ Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT/ Verein DIALOG e. V. LHL.

Do., 2. Oktober 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Lateinamerika mit Dr. Hartwig Strohschein. LHL.

Sa., 18. Oktober 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe werden gesellschaftskritische und politische Filme gezeigt. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Der rote Elvis“. LHL.

Fr., 31. Oktober 2008 - 18:00 Uhr

„VORLESEN & ZUHÖREN“ Offener Lektüre- und Gesprächskreis. LHL.

Do., 6. November 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Meinungsaustausch über interesseerregende Fragen, LHL.

Do., 13. November 2008 - 14:30 Uhr

Bürgersprechstunde der Stadträtinnen Anne Draheim und Carola Lange, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120.

Sa., 22. November 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe werden gesellschaftskritische und politische Filme gezeigt. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Der menschliche Makel“. LHL.

Fr., 28. November 2008 - 18:00 Uhr

„REZITIEREN & KORRIGIEREN“ Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratsschlag (In dieser Veranstaltung kann mit der Regisseurin und Schauspielerin Luise Wilsdorf gutes Text-Sprechen von Jung und Alt geübt werden...), LHL.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 9/2008 ist Donnerstag, 4. September 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.